

Hintergrundinfo

Naturschutz/ Biologische Vielfalt/ Daten zur Natur

20 Jahre nach Rio: Daten zur Natur ermöglichen Standortbestimmung zu Schutz und Entwicklung der biologischen Vielfalt

Bonn, 17. September 2012:

Allgemeines

Mit den „Daten zur Natur 2012“ stellt das Bundesamt für Naturschutz zum sechsten Mal eine umfassende Gesamtschau zum Zustand der biologischen Vielfalt und des Naturhaushalts sowie der hierauf einwirkenden Faktoren zur Verfügung.

Die „Daten zur Natur“ (DzN) informieren über Zustand und Nutzung der Natur in Deutschland und über bisher ergriffene Maßnahmen des Naturschutzes, um die Biodiversität zu erhalten. Sie dokumentieren die bisher erzielten Erfolge, zeigen aber auch weitere fachliche und politische Handlungserfordernisse auf. Durch die regelmäßige Dokumentation und Fortschreibung wesentlicher Daten ermöglichen sie in Kernbereichen von Naturschutz und Landschaftspflege, wichtige Entwicklungen kontinuierlich zu verfolgen, z.B. hinsichtlich der Gefährdung von Ökosystemen, der Ausweisung von Schutzgebieten, der Umsetzung von Artenschutzmaßnahmen oder der Flächeninanspruchnahme durch die verschiedenen Nutzungsansprüche im nationalen und internationalen Bereich. Neben dem hochaktuellen Themenfeld eines naturschutzgerechten Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird in den Daten zur Natur 2012 dem Meeresnaturschutz besondere Beachtung geschenkt.

140 Tabellen und 230 Abbildungen gewährleisten eine hohe Informationsdichte und Anschaulichkeit. In Ergänzung zu den vielfältigen Daten, Karten und Informationen zeigen zahlreiche Verweise weiterführende Recherchemöglichkeiten im Rahmen der online-Angebote des BfN und Dritter auf. Ein Anhang mit wichtigen Adressen und einem Glossar der wichtigsten Fachbegriffe rundet die DzN 2012 ab.

Stichwort Schutzgebiete:

In Deutschland gibt es mit Stand 01.01.2011 8.501 Naturschutzgebiete, die (ohne Wasserflächen der Nord- und Ostsee) 1.313.137 ha (3,7% der Landesfläche) umfassen. Anfang 2007 waren es noch 7.923 Gebiete mit einer Gesamtfläche von 1.194.227 ha. Überdurchschnittliche Flächenanteile von Naturschutzgebieten weisen die Stadtstaaten Hamburg (8,4 % - 6.358 ha) und Bremen (5,1 % - 2.050 ha) sowie die Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen (7,6 % - 260.213 ha) und Brandenburg (7,5 % - 22.421 ha) auf. Unterdurchschnittlich sind die Anteile in den Ländern Hessen (1,7 % - 36.203 ha), Rheinland-Pfalz (1,9 % - 37.842 ha), Baden-Württemberg (2,4 % - 86.192 ha), Bayern (2,3 % - 160.203 ha) und Berlin (2,3% - 2.031 ha). Innerhalb der einzelnen Bundesländer bestehen z. T. große regionale Unterschiede.

Aktuell umfassen die 14 deutschen Nationalparke eine Fläche von 1.029.496 ha (194.362 ha ohne Watt- und Meeresflächen) und haben einen Anteil von 0,54 % an der terrestrischen Landesfläche.

Derzeit gibt es in Deutschland 16 Biosphärenreservate (davon 15 von der UNESCO anerkannt), die 1.846.904 ha umfassen (abzüglich der Wasser- und Wattflächen in Nord- und Ostsee) entspricht dies 3,7% der terrestrischen Landesfläche).

Die 103 Naturparke in Deutschland umfassen aktuell eine Gesamtfläche von 9.587.671 ha (26,8 % der Landesfläche).

Pressesprecher Franz August Emde Bundesamt für Naturschutz
Stellvertreterin Lara Mohr Konstantinstr. 110
53179 Bonn

Telefon 02 28/84 91-4444
Telefax 02 28/84 91-1039
E-Mail presse@bfn.de
Internet www.bfn.de

Im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 sind in Deutschland mit Stand 2011 insgesamt 4.619 FFH-Gebiete und 740 Vogelschutzgebiete gemeldet, die eine Fläche von 5.444.877 ha (FFH-Gebiete) bzw. 5.995.964 ha (Vogelschutzgebiete) einnehmen. Darunter fallen jeweils rund 2 Mio. ha auf Watt-, Wasser- und Meeresflächen. Der auf die Landfläche der Bundesrepublik bezogene Anteil der FFH-Gebiete beträgt 9,3 %, der der Vogelschutzgebiete 11,2%. Der Meldeanteil in den Bundesländern variiert zwischen 5,4 % und 12,9 % bzw. 3,4 % und 24,5 %. Die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) Deutschlands wird zu 28,6 % von FFH-Gebieten bzw. zu 11,2% von Vogelschutzgebieten eingenommen. Da sich FFH- und Vogelschutzgebiete teilweise überschneiden, ist die gesamte Natura-2000-Fläche geringer als die Summe der o.g. Zahlen; sie beläuft sich in Deutschland 2011 auf 8.081.899 ha, wovon gut 2,5 Mio. ha auf marine Flächen entfallen. Der Anteil an der terrestrischen Landesfläche beträgt somit 15,4%, in den Bundesländern liegt er zwischen 7,1% und 29,2%, in der deutschen AWZ bei 31,5%. Mit der bereits erfolgten großflächigen Ausweisung von Meeresgebieten für das europäische Schutzgebietsnetzwerk „Natura 2000“ in der deutschen Nord- und Ostsee nimmt die Bundesrepublik eine europaweite Vorreiterrolle ein. Die Bilanz der Schutzgebietsentwicklung in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren zeigt, dass erhebliche und erfolgreiche Anstrengungen zum Aufbau eines repräsentativen Schutzgebietsnetzes unternommen worden sind. Deutschland hat gerade mit Blick auf ein global einzurichtendes Schutzgebietsystem unter dem Dach des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt erhebliche Fortschritte erzielt.

Für die Sicherung besonders herausragender Ausschnitte von Natur und Landschaft mit nationaler Bedeutung hat der Bund seit 1979 mit Hilfe seines Förderprogramms für gesamtstaatlich repräsentative Vorhaben („chance.natur - Bundesförderung Naturschutz“) einen finanziellen Beitrag in Höhe von ca. 400 Mio. € bereitgestellt. Diese Förderung leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und des nationalen Naturerbes in Deutschland und trägt zur Erhaltung großflächiger, national bedeutender Landschaften bei. Bisher wurden über 70 Projekte gefördert. Die Gesamtfläche der Förderkulisse umfasst rund 350.000 ha und entspricht damit ca. 1 % der Fläche Deutschlands.

Stichwort: Erneuerbare Energien

Im Zuge der von der Bundesregierung angestrebten Sicherstellung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung werden große Herausforderungen besonders im Ausbau der Windenergie zu Wasser und an Land sowie in der nachhaltigen Nutzung und Erzeugung von Bioenergie gesehen.

Die Planungen von Windenergieanlagen auf See (offshore) werden seit einigen Jahren beschleunigt vorangetrieben. Mit Einsatz dieser neuen Technik, bei der Anlagengrößen von über 6 Megawatt (MW) Leistung vorstellbar sind, werden allein in Deutschland bis zu 10.000 MW installierte Leistung bis zum Jahr 2020 prognostiziert, 25.000 MW sollen es bis 2030 sein. Obwohl zahlreiche Genehmigungen erteilt wurden, ist bislang lediglich das Offshore-Windpark-Testfeld „alpha ventus“ mit 12 Windenergieanlagen mit einer Leistung von je 5 MW seit Herbst 2009 vollständig in Betrieb. In der AWZ befinden sich aktuell vier kommerzielle Offshore-Windparks (OWP) im Bau. Der OWP „Baltic 1“ innerhalb der 12 Seemeilen (sm)-Zone der Ostsee ist seit Anfang Mai 2011 am Netz. Die Leistung der bisher in der deutschen AWZ der Nord- und Ostsee gebauten, in Bau befindlichen und genehmigten 29 OWP beträgt 10.405 MW. Die perspektivische Leistung aller (mit Stand 12.04.2012) darüber hinaus noch beantragten 97 Offshore-Windparks in der deutschen AWZ der Nord- und Ostsee beträgt 36.500 MW. Zusammen bringen es die in der deutschen AWZ bisher beantragten und genehmigten Windparks auf eine zukünftige Gesamtleistung von 46.905 MW; das Ausbauziel der Offshore-Windkraft bis 2030 liegt bei 25.000 MW.

Um die Ziele der Energiewende zu erreichen sind allerdings auch weitere Anstrengungen notwendig; auch an Land ist ein Zubau der installierten Windleistung erforderlich. In einzelnen Bundesländern werden die Ausweisung neuer Windkraft-Standorte und die Änderung von Ausschluss- und Abstandskriterien ebenso wie die Errichtung von Windenergieanlagen in Wäldern angestrebt, um die zukünftigen Ausbauziele zu gewährleisten. Aus Naturschutzsicht gilt es dabei, insbesondere Waldstandorte im Zuge der Ausweisung intensiv hinsichtlich der vorhandenen Schutzgüter zu untersuchen, ihre Eignung aus Naturschutzsicht zu beurteilen und die Naturschutzbelange angemessen zu berücksichtigen.

Der Anbau von Energiepflanzen hat in den letzten Jahren vor dem Hintergrund des auf europäischer wie nationaler Ebene vorangetriebenen notwendigen Ausbaus erneuerbarer Energien deutlich zugenommen. Biomasse leistete 2011 mit einem Anteil von rund 67% den größten Beitrag für die Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien, was 8,2% des Endenergieverbrauchs in Deutschland entsprach. Die Anbaufläche für Energiepflanzen umfasste 2011 1,97 Mio. ha und ist damit gegenüber dem Vorjahr um etwa 7% gestiegen. Im Jahr 2012 stieg die Anbaufläche weiter, auf rund 2,1 Mio. ha (FNR Juli 2012). Die Biomasseproduktion kann z.B. durch entstehende Flächenkonkurrenzen, Nutzungsintensivierung oder den Umbruch von Grünland naturschutzfachlich bedenkliche Auswirkungen haben. Allerdings ist Bioenergie grundlastfähig und kann bei entsprechender Ausgestaltung der Anbauformen sowie des Transports und der Umwandlungstechnik gleichzeitig auch dem Schutz der biologischen Vielfalt (s. Stichwort Klimawandel) und der Erhaltung der bestehenden Ökosysteme als Nahrungs-, Wirtschafts- und Lebensgrundlage der Menschheit dienen. Auch andere positive Auswirkungen sind denkbar, so kann z.B. die Anlage sog. Kurzumtriebsplantagen zum Anbau schnellwachsender Hölzer in ausgeräumten, intensiv genutzten Landschaften neue Strukturen schaffen. Gleichzeitig gilt es, Synergien zwischen der Bioenergieproduktion und dem Naturschutz stärker zu nutzen und zu fördern, z.B. bei der energetischen Verwertung von Landschaftspflegematerial oder extensivem Grünlandaufwuchs oder durch Anbau mehrjähriger Wildpflanzenmischungen.

Stichwort Klimawandel

Die Veränderungen des Klimas haben deutliche Auswirkungen auch auf die biologische Vielfalt, wie anhand vieler phänologischer Daten sichtbar wird. So hat sich der Beginn der Apfelblüte seit 1960 um jeweils knapp 5 Tage pro Jahrzehnt nach vorne verschoben. Zugvögel wie die Mönchsgrasmücke oder der Gartenrotschwanz kommen deutlich früher aus ihren Winterquartieren zurück. Auf der Grundlage von Modellrechnungen werden für die nächsten Jahrzehnte nicht nur Verschiebungen der Verbreitungsgebiete von Arten, sowie auch Veränderungen der Qualität von Lebensräumen innerhalb der jetzigen Verbreitungsgebiete erwartet.

Für über 500 in Deutschland streng zu schützende Tierarten bzw. Unterarten wurde mit einer Klimasensibilitätsanalyse das Risiko durch den Klimawandel bewertet. Dazu wurde eine Methode entwickelt, mit der mittels bestimmter Kriterien klimarelevante Eigenschaften der Arten erfasst und einheitlich gewichtet wurden.

Danach weisen 63 Arten (ca. zwölf Prozent der betrachteten Arten) eine hohe Klimasensibilität auf und wurden als „Hochrisiko-Arten“ (HR-Arten) eingestuft. Dazu gehören etwa der Goldregenpfeifer, der Alpensalamander und der Blauschillernde Feuerfalter. Die meisten HR-Arten wurden in der Gruppe der Schmetterlinge (Tag- und Nachtfalter), gefolgt von Weichtieren (hier nur Schnecken) und Käfern festgestellt. Besonders viele klimasensible Arten wurden in Süd-, Südwest- und Nordostdeutschland identifiziert. Der prozentuale Vergleich einer vereinfachten Zuordnung der HR-Arten zu Lebensraumgruppen zeigt einen deutlichen Schwerpunkt von Arten der Moore, gefolgt von Arten der Wälder, Trockenrasen, Heidegebiete und Quellen, die zusammen über zwei Drittel aller HR-Arten ausmachen. In Quellen sowie an Gewässerufern und in Küstenhabitaten überwiegen außerdem die HR-Arten gegenüber den Nicht-HR-Arten. Im Unterschied dazu finden sich vergleichsweise wenige HR-Arten im Kulturland, in Gewässern und an Waldsäumen.

Aus den Ergebnissen der Studie lässt sich u.a. ableiten, dass der Klimawandel nicht nur einen Auslöser der Ausweitung von Vorkommensgebieten, sondern insbesondere auch einen Gefährdungsfaktor für stenotope, d.h. eng an ihren Standort gebundene Arten kalt-feuchter oder warm-trockener Standorte darstellt und bei der Konzipierung von Naturschutzmaßnahmen berücksichtigt werden muss. Bei künftigen Analysen von Gefährdungsursachen sollte der Klimawandel als eigenständiger Faktor stärker berücksichtigt werden. Existierende Artenschutzprogramme sollten hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Wirksamkeit überprüft und nötigenfalls modifiziert werden, um Anpassungen an die Auswirkungen des Klimawandels zu erreichen. Generell sollten Naturräume mit besonders zahlreichen Vorkommen der Hochrisiko-Arten vordringlichen Schutz genießen. Besonders relevante Lebensräume sind Moore, Quellen, Heiden und Trockenrasen, Gewässerufer sowie Küstenhabitats und Wälder. Der Kenntnisstand über die tatsächlichen Reaktionen auf den Klimawandel und die Anpassungsfähigkeit ist innerhalb der Zielarten des zoologischen Artenschutzes sehr heterogen. Forschungsbedarf besteht hier

vor allem für Insekten und Weichtiere. Auch Wechselwirkungen des Klimawandels mit anderen Umweltveränderungen müssen dabei genauer untersucht werden.

Der Schutz bzw. die naturschutzgerechte Bewirtschaftung bestimmter Ökosysteme trägt nicht nur dazu bei, negative Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt zu verringern, sondern kann gleichzeitig selbst einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. So speichern intakte Moore oder Grünlandböden große Mengen Kohlenstoff, die bei einer Entwässerung bzw. Grünlandumbruch freigesetzt werden. Naturschutzmaßnahmen wie die Wiedervernässung von Mooren oder die Erhaltung von extensivem Grünland führen somit zu erheblichen Verringerungen von Treibhausgasemissionen und sind im Vergleich mit technischen Klimaschutzmaßnahmen darüber hinaus besonders kostengünstig. So wurden für bislang landwirtschaftlich genutzte Moore in Mecklenburg-Vorpommern bei einer Wiedervernässung und Biomassenutzung als Paludikultur z.B. Vermeidungskosten von lediglich 0-2 € pro Tonne CO₂-Äquivalent ermittelt (gegenüber z.B. 22-70 €/t CO₂-Äquivalent durch Wasser- und Windkraft). Für die Ökosystemleistungen von naturschutzfachlich wertvollem Grünland hinsichtlich der Verringerung von Kohlenstoffemissionen wird je nach Lebensraumtyp ein Wert von 285 bis 1.540 € pro Hektar und Jahr kalkuliert.

Stichwort Arten

Weltweit sind ca. 1,37 Mio. Tier-, ca. 340.000 Pflanzen- und ca. 100.000 Pilzarten beschrieben, wobei davon auszugehen ist, dass es noch viele bisher unbekannte Arten gibt. In Deutschland kommen nach derzeitigem Kenntnisstand ca. 48.000 Tier-, ca. 10.300 Pflanzen- und ca. 14.400 Pilzarten vor. Eine besondere weltweite Verantwortung hat Deutschland für solche Arten, die nur hier vorkommen, von denen ein hoher Anteil der Weltpopulation hier beheimatet ist bzw. – bei wandernden Tierarten – rastet oder überwintert, oder die weltweit oder zumindest in Europa gefährdet sind. Eine solche besondere Verantwortung besteht z.B. für 259 (6,3 %) der in Deutschland vorkommenden Farn- und Blütenpflanzenarten, wie etwa Arnika, Pfingstnelke, breitblättriges Knabenkraut oder Bayerisches Löffelkraut.

Nach der aktuellen Gefährdungseinstufung im Rahmen der Roten Listen werden in Deutschland insgesamt 207 Arten und Unterarten (Taxa) der Wirbeltiere (ohne Fische und Rundmäuler des Meeres) in den verschiedenen Gefährdungskategorien der Roten Liste (einschließlich extrem seltener und ausgestorbener und verschollener Arten) aufgeführt. Das entspricht mit 43 % knapp der Hälfte aller bewerteten Wirbeltiere. Fast 28% (128 Taxa) sind dabei aktuell bestandsgefährdet; 7% (37 Arten) bereits ausgestorben und verschollen. Die Kriechtiere (13 Taxa) sind mit über 60 % bestandsgefährdeten Taxa die am stärksten gefährdete Wirbeltiergruppe. Die anderen, artenreicheren Wirbeltiergruppen weisen alle unter 40 % bestandsgefährdete Taxa auf. Trotz des nach wie vor hohen Anteils gefährdeter Arten lassen sich in bestimmten Fällen auch Erfolge für den Naturschutz konstatieren. So dokumentieren die aktuellen positiven Bestandsentwicklungen von Fischotter, Wolf und Biber, dass Artenschutzmaßnahmen des amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes eine positive Wirkung zeigen können. Auch für verschiedene gefährdete Vogelarten zeigen Ergebnisse des bundesweiten Vogelmonitorings, dass sie von speziellen Schutzmaßnahmen an ihren Niststätten profitiert haben, z.B. Schwarzstorch, Kranich, Wiesenweihe oder Großtrappe. Demgegenüber ist die Bestandssituation zahlreicher bodenbrütender Vogelarten der Agrarlandschaft wie Feldlerche, Kiebitz oder Wiesenpieper nach wie vor ungünstig. Dieser besorgniserregende Trend mit zum Teil dramatischen Bestandsrückgängen wird nach aktuellen Erhebungen von Birdlife International auch europaweit bestätigt; seine Ursachen werden vor allem in der Intensivierung der Landwirtschaft gesehen.

Stichwort Fließgewässer

Die Fließstrecke aller Bäche und Flüsse in Deutschland beträgt insgesamt etwa 400.000 km. Die Gesamtlänge der Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet >10 km² beträgt in Deutschland rund 142.000 km, wobei sich die Verteilung regional sehr unterschiedlich darstellt. Zusammen mit ihren Auen sind Fließgewässer zentrale Achsen eines länderübergreifenden Biotopverbundes und natürliche Hochwasserrückhalteräume, sie erfüllen somit bedeutende Funktionen im Naturhaushalt. Dabei spielen auch die kleinen

Fließgewässer eine wichtige Rolle, da auf sie ca. zwei Drittel der gesamten Fließgewässerstrecke entfallen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Wasserqualität vieler Flüsse und Bäche durch die fortschreitende Abwasserreinigung in Kläranlagen wesentlich verbessert. Bundesweite Zustandserhebungen beschränkten sich zunächst weitgehend auf die Ermittlung der Belastung mit schädlichen Stoffen (chemische Gewässergüte). Nicht zuletzt infolge der 2000 in Kraft getretenen EG-Wasserrahmenrichtlinie ist mittlerweile auch die Bewertung des ökologischen Zustands der Gewässer verbindlicher Bestandteil der Gewässerbewirtschaftung. Der ökologische Zustand der Fließgewässer wird anhand biologischer Indikatoren wie Fische, Makrozoobenthos und Gewässerflora beurteilt, außerdem werden hydromorphologische Parameter wie die Gewässerstruktur sowie bestimmte physikalisch-chemische Parameter herangezogen.

Im Gesamtergebnis erreichen weniger als 1 % der bewerteten Fließgewässerabschnitte einen sehr guten ökologischen Zustand, 8 % wurden mit „gut“ bewertet, 29 % mit „mäßig“, 36 % mit „unbefriedigend“ und 24 % mit „schlecht“. Die Wasserrahmenrichtlinie fordert die Erreichung des guten Gewässerzustands. An über 90 % der Fließgewässer besteht somit Handlungsbedarf, den ökologischen Zustand zu verbessern. Ähnliches gilt auch für die flussbegleitenden Auen, die eine wichtige Funktion nicht nur als Lebensraum zahlreicher seltener Tier- und Pflanzenarten, sondern auch für den Hochwasser- und Klimaschutz haben. Der 2009 erstmalig erschienene bundesweite Auenzustandsbericht des BfN, der die Auen von 79 größeren Flüssen untersuchte, dokumentiert für die Mehrzahl der Flüsse beträchtliche Verluste an Überschwemmungsflächen und erhebliche Veränderungen des Auenzustandes durch intensive Nutzung, Deichbau, Gewässerausbau und Stauregulierungen. Aktuell kann nur noch rund ein Drittel der ehemaligen Überschwemmungsflächen von Flüssen bei großen Hochwasserereignissen überflutet werden. Von den untersuchten noch vorhandenen Auenabschnitten können weniger als 1% als sehr gering verändert und 9% als gering verändert eingestuft werden; 36% sind deutlich verändert, besitzen aber vielfach noch ein hohes Entwicklungspotenzial, während 34% als stark verändert und 20% als sehr stark verändert gelten müssen. Positive Beispiele für Verbesserungsmaßnahmen in diesem Bereich sind u.a. das erfolgreich abgeschlossene Naturschutzgroßprojekt „Lenzener Elbtalaue“ sowie das laufende Naturschutzgroßprojekt „Mittlere Elbe“, die eindrucksvoll unter Beweis stellen, wie sich Deichrückverlegungsmaßnahmen positiv auf die biologische Vielfalt und den Hochwasserschutz auswirken können.

Stichwort Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Nutzung stellt mit einem Flächenanteil von 52,3% die bedeutendste Form der Bodennutzung in Deutschland dar. Den größten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche hat mit rund 16,7 Mio. ha das Ackerland, Dauergrünland umfasst eine Fläche von knapp 4,7 Mio. ha (Stand 2010). Während die Ackerflächen in den letzten Jahren leicht zugenommen haben (um rund 1% im Zeitraum 1999-2009), sind bei den Grünlandflächen im gleichen Zeitraum deutliche Abnahmen um fast 7,3 % zu verzeichnen.

Der zunehmende Grünlandverlust ist aus Naturschutzsicht sehr bedenklich, da Grünland bei naturschutzgerechter Bewirtschaftung einen wertvollen Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten darstellt. Ein Beispiel für grünlandabhängige Tierarten sind die wiesenbrütenden Vögel (z.B. Kiebitz oder Bekassine), die mittlerweile eine der am stärksten bedrohten Brutvogelgruppen Deutschlands darstellen. Grünlandumbruch ist jedoch auch aus Klimaschutzsicht problematisch, da Grünlandböden große Mengen CO₂ speichern können, die bei einer Umwandlung in Ackerland freigesetzt werden. 50% der seit 2003 durch Grünlandumbruch entstandenen Ackerflächen wurden für den Anbau von Mais genutzt.

Einen positiven Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und des Naturhaushalts sowie zur Förderung regionaltypischer Kulturlandschaften leistet der Ökologische Landbau. Allerdings sind auch beim Öko-Landbau Intensivierungstendenzen zu verzeichnen, die sich negativ auf die biologische Vielfalt auswirken können. In Deutschland wurden im Jahr 2010 insgesamt 990.702 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, das sind 5,9 % der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, von 21.942 Öko-Betrieben nach den europäischen Regeln des Ökologischen Landbaus bzw. den strengeren Richtlinien von Öko-Anbauverbänden bewirtschaftet. Das ist ein Zuwachs von 4,4 % Nutzfläche gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl der Öko-Betriebe hat gegenüber 2009 um 4,1 % zugenommen. Von den Bundesländern weisen Bayern (197.893 ha), Brandenburg (142.710 ha), Mecklenburg-Vorpommern (120.169 ha) und Baden-

Württemberg (107.416 ha) die größte ökologisch bewirtschaftete Fläche auf. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit seinem Flächenanteil von 5,9 % an der Landwirtschaftsfläche nur im unteren Mittelfeld. Spitzenreiter sind Österreich (19,5%) und Schweden (14,1%). Allerdings bleibt Deutschland mit einem Umsatz von knapp 6 Mrd. Euro größter Bio-Markt in Europa.

Stichwort Fischerei

Die Meeresfischerei stellt einen wichtigen Einflussfaktor auf marine Ökosysteme und Arten dar. In Anbetracht der Bestandssituation zahlreicher mariner Fischbestände muss die momentane Bewirtschaftung als nicht nachhaltig angesehen werden. In den 1970er Jahren galten weltweit noch 40 % der kommerziell genutzten Bestände als nur gering bis mäßig genutzt, im Jahr 2008 hingegen waren es nur noch 15 %. Hingegen sind nach dem aktuellen Bericht der FAO (2010) 32 % der kommerziell genutzten Bestände überfischt und 50 % bis an ihre biologischen Grenzen genutzt. Ein noch dramatischeres Bild ergibt sich für die Bestände der europäischen Gewässer, die zu 88 % überfischt sind und sich zu 33 % außerhalb biologisch sicherer Grenzen befinden. Das heißt, die Fischbestände haben durch Übernutzung so stark abgenommen, dass ihre erfolgreiche Fortpflanzung gefährdet ist. Trotz einer kontinuierlichen Steigerung des Fischereiaufwandes (d.h. steigender Maschinenleistung und Fangeffizienz) stagnieren die jährlichen Fangträge auf den Weltmeeren seit den 1990er Jahren.

Hauptursache der derzeitigen Bestandssituation ist eine nicht ökosystemgerechte Fischerei. Ein zentrales Problem ist dabei eine nicht an die Bestandsgrößen angepasste Fischereiflotte. In der EU liegen die Überkapazitäten je nach Fischerei bei bis zu über 50 %. Diese Entwicklung wird kontinuierlich durch eine entsprechende Subventionspolitik gefördert. Der EU-Fischereisektor erhält jährlich 1,5 Mrd. € Subventionen. Dies entspricht im europäischen Durchschnitt 20 % (Deutschland: 10 %) des Gesamtumsatzes des Wirtschaftszweiges. Ein weiteres Problem sind zu hohe Fangquoten; von 1987 bis 2002 lagen sie z. B. im Mittel 30 % über den wissenschaftlichen Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES). Eine Konsequenz der resultierenden intensiven Befischung ist eine massive Verschiebung der Artenzusammensetzung und der Nahrungsbeziehungen in den Meeresökosystemen. So hat z. B. die Biomasse von Arten, die in der Nahrungskette an höherer Stelle stehen, seit der Mitte des letzten Jahrhunderts um 90 % abgenommen (z. B. Dornhai). Ein weiteres Problem ist die Überfischung von Schwarmfischarten zur Herstellung von Fischmehl und -öl (Industriefischerei), die vielen höheren Meerestieren, z. B. Seevögeln, Meeressäugtieren, aber auch fischfressenden Fischarten wie Thunfischen und Haien, als Nahrungsgrundlage dienen. Eine Veränderung der Artenzusammensetzung der Fischgemeinschaften ist in allen Meeren zu beobachten, und resultiert u. a. in einer Verschiebung der Fischerei von großen Fischarten hin zu kleineren, planktonfressenden Arten niedriger trophischer Ebenen. Dieses Phänomen ist als „fishing down aquatic food webs“ bekannt.

Auch in der Nord- und Ostsee stagnieren die Fänge der Meeresfischerei seit den 1970er Jahren bzw. sind sie in der Nordsee sogar um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Mit wenigen Ausnahmen sind die Anlandungen aller wichtigen, zum direkten menschlichen Konsum gefangenen Fische der Nord- und Ostsee über die letzten Jahrzehnte rückläufig. Die leichte Erholung des östlichen Dorschbestandes in der Ostsee zeigt allerdings, dass die konsequente Einhaltung von wissenschaftlich fundierten Fangquoten zusammen mit günstigen ozeanographischen und meteorologischen Bedingungen zu positiven Entwicklungen führen kann. Auch bei den Anlandungen und den Beständen der Sprotte ist eine insgesamt positive Tendenz festzustellen.

Hinweis:

Bundesamt für Naturschutz (2012) (Hrsg.): Daten zur Natur 2012. Landwirtschaftsverlag Münster. 140 Tabellen und 230 Abbildungen. (für 28,00 Euro im Buchhandel erhältlich)